



SP Frauen Schweiz
Femmes socialistes suisses
Donne socialiste svizzere

Bern, 14. Juni 2010

Mehr Kinderkrippen – weniger Monster!

Der Kanton Zürich hat am Sonntag eine zentrale familienpolitische Vorlage angenommen: Die Gemeinden sind nun verpflichtet ein bedarfsgerechtes familienergänzendes Angebot für Kinder im Vorschulalter zu schaffen. Dieses Recht eines Kindes auf einen Kita-Platz kennt sonst erst der Kanton Baselstadt. Die Stadt Bern wird im Herbst darüber abstimmen. Auch im Nationalrat wurden am Montagabend die Finanzhilfen der familienergänzenden Kinderbetreuung mit einem Kredit von 120 Millionen Franken verlängert. Die FamilienfundamentalistInnen haben sich mit Händen und Füssen gewehrt, die Bevormundung durch den Staat heraufbeschworen, den Teufel der Steuererhöhung an die Wand gemalt und am Schluss noch die gegenüber den Männern sinkende Lebenserwartung der Frauen mit den Kinderkrippen verknüpft.

Dabei verbessert ein gutes und für alle Familien bezahlbares Betreuungsangebot, nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern stärkt die Wirtschaft und die Gemeinschaft als Ganzes, weil jeder in Krippen investierte Franken einen dreifachen Gewinn abwirft. Und der Bedarf an einem familienergänzenden Kinderbetreuungsplatz ist unbestritten, fehlen doch in der gesamten Schweiz noch über 50'000 Plätze. Zudem werden Kinder, ganz unabhängig ihrer sozialen Herkunft gefördert, sie lernen und spielen in Gruppen und sie essen regelmässig und gesund.

In der Familie ist nicht mehr nur eine Person für die Erziehung und Haushalt zuständig, während die andere Person das Geld nach Hause bringt. Nebst der Tatsache, dass dieses gutbürgerliche Modell nie für alle galt und einen Ernährerlohn voraussetzte, der wirklich alle Familienmitglieder ernähren konnte, formte dieses monströse Familienbild viele Männer zu emotionalen Krüppeln und Frauen zu abhängigen Bediensteten, die sich nicht entfalten konnten. Diese Arbeitsteilung jeweils romantisierend als die noch intakte Familie darzustellen, wie das jeweils von FamilienfundamentalistInnen gemacht wird, ist schlicht grotesk.

Die Nachfrage nach gut qualifizierten Arbeitskräften hat stark zugenommen. Es ist volkswirtschaftlicher Unsinn, Frauen gut auszubilden und ihnen, sobald sie Mütter sind, die Berufstätigkeit einzuschränken und sie in ihrer beruflichen Entwicklung zu behindern. 70 Prozent der Frauen sind heute erwerbstätig, meist in Teilzeit und viele in prekären Verhältnissen. So entfaltet sich das Monster „Familienidylle“, zum eigentlichen Lohndrucker, so dass Frauen durchschnittlich immer noch 20 Prozent weniger verdienen als Männer. Seit zwei Jahren öffnet sich die Lohnschere sogar wieder. Trotzdem hat der Bundesrat nicht einsehen wollen, dass die unhaltbare Situation nur mit gesetzlich griffigen Massnahmen überwunden werden kann. Er geht wider besseren Wissens davon aus, dass alle Unternehmen, altruistisch oder vielleicht sogar den eigenen Nutzen erkennend, die Diskriminierung der Frauen in den Löhnen aus eigenem Antrieb beseitigen werden. Im

Gegenzug dazu, dass er punkto Durchsetzung der Lohngleichheit die Hände in den Schoss legt, verlangt er von Frauen unter dem Deckmantel der Gleichstellung den Verzicht auf ein tieferes AHV-Alter. 19 Jahre nach dem grossen Frauenstreik gibt es darauf nur eine Antwort: „So nicht!“

Die Zürcher Gewerkschaftsfrauen haben ebenfalls gestern Montag unter Passantinnen an der Bahnhofstrasse **eine Umfrage** gestartet: „Müssen die Frauen wieder streiken?“ Sie stiessen auf grosse Zustimmung. Zu Recht, wie der Montag im Bundeshaus zeigt.

Frauen leisten viel für wenig Lohn. Und die Männer? Viele arbeiten wie die Wilden, aber eben bezahlt. Einige merken erst, dass sie Familie haben, wenn sie in der Scheidung stecken. Dann reden sie sich den Frust über die individuelle Situation in männerbündelnden Vereinen von der Seele und machen die Gleichstellung für ihr Unglück verantwortlich machen. Auch hier hat das konservative Monster also seine hinterhältigen Finger im Spiel.

Andere Männer setzen sich klar für den Vaterschaftsurlaub ein, damit eine egalitäre Rollenteilung von Anfang mitgetragen werden kann und die Kinder beim Anblick ihrer Väter nicht fremden. Auch hier aber hat das Monster der heilen Welt gestern wieder zugeschlagen und bei der Abstimmung über einen erneuter Vorstoss für einen Vaterschaftsurlaubes Regie geführt. Der Nationalrat hat den Vorstoss versenkt.

Wenn dereinst mal alle zukünftigen ParlamentarierInnen in der Kinderkrippe den Wert der Gruppe, des sozialen Aushandelns und der Integration aller Bevölkerungsgruppen erfahren haben, wird das verstaubte Monster wohl endgültig abdanken müssen. Diese PolitikerInnen werden die Sozialwerke reformieren statt abbauen und auf die erreichte Lohngleichheit anstossen. Insofern ist die gestern vom Nationalrat beschlossene Verlängerung der Anstossfinanzierung für Betreuungsplätze und die Befürwortung der Kinderbetreuung im Wirtschaftskanton Zürich ein wahrlich zukunftsweisender Lichtblick.

Julia Gerber Rüegg, Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz und Präsidentin des Zürcher Gewerkschaftsbundes